

# Mein NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin



**Bernd Rützel**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ausgabe 5 | Mai 2015

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der April war geprägt von eigenen Veranstaltungen in Unterfranken. Am 1. April kam mein Kollege Karl-Heinz Brunner auf Einladung der UnterfrankenSPD nach Würzburg (Seite 4), am 14. April stand meine Bundestagskollegin Claudia Tausend in Langenprozelten Rede und Antwort zum Thema TTIP (Seite 3) und zwei Tage später besuchte mich unsere SPD-Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (Seite 2).

Und es gab ein neues Teamtreffen meiner MitarbeiterInnen aus Berlin und Gemünden mit vielen Terminen in meinem Wahlkreis MSP/MIL (Seite 6).

Dazwischen wurde auch noch Politik gemacht in Berlin. Und die Zeit zwischen den Sitzungswochen nutzte ich, um in Unterfranken unterwegs zu sein. All das finden Sie in der neuen Ausgabe meines Newsletters. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Viele Grüße!



Ende April waren 19 SchülerInnen und ihre zwei Lehrkräfte der Mittelschule Marktheidenfeld bei mir zu Gast in Berlin. Von sich aus sprach die Gruppe das beherrschende Thema Flüchtlingspolitik an. Wir diskutierten sehr gut eine Stunde lang und stiegen dann dem Reichstag auf's Dach.

## INHALT

- 2 ... Hendricks zu SuedLink
- 3 ... TTIP- & NATO-Veranstaltung
- 7 ... Vorratsdatenspeicherung
- 8 ... Mindestlohn & Co.
- 12 ... Lisas Post aus den USA
- 13 ... Fracking & Klartext
- 16 ... Verkehr im Werntal
- 17 ... MdL-Gastbeiträge

## KONTAKT/IMPRESSUM

### Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13  
97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563  
Fax 09351 6058298  
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 227 73434  
Fax 030 227 76433  
bernd.ruetzel@bundestag.de

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB  
Obertorstraße 13, 97737 Gemünden

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## BUNDESUMWELT-MINISTERIN HENDRICKS IN MSP

Auf meine Einladung hin besuchte Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks am 16. April Main-Spessart. Der eigentliche Termin war im Yachthafen Wernfeld, wo sie sich zusammen mit mir über die Mainfischerei informierte und selbst Fische in den Main setzte. Bei einem kurzen Zwischenstopp im Landschaftsschutzgebiet Sinngrund nutzte ich die Gelegenheit, die Ministerin auf die Einzigartigkeit der Landschaft in den engen Flusstälern von Sinn und Saale aufmerksam zu machen.

### I Abstecher in den Sinngrund

Vor Ort informierte sich Hendricks über die Auswirkungen, die die Realisierung einer Alternativtrasse der Stromleitung SüdLink durch Sinngrund und Saaletal hätte. Die Bürgermeister Robert Herold (Burgsinn) und Wolfgang Küber (Rieneck) betonten ihrerseits, dass ein Eingriff gerade die walddreichen Regionen im Sinn- und Saaletal schwer treffen würde. Thematisiert wurden auch Vor- und Nachteile einer möglichen Erdverkabelung.



Klare Worte der lokalen Anti-SuedLink-Fraktion im Sinnthal: v.l. Bürgermeister Wolfgang Küber, Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Bürgermeister Robert Herold

Die Ministerin erläuterte, dass Stromtrassen von Nord nach Süd unverzichtbar sind. Umso wichtiger ist es, einen Trassenverlauf zu finden, der Natur und Mensch so gering wie möglich belastet.

**Im späteren Pressegespräch äußerte sie sich sehr deutlich zum möglichen Verlauf von SuedLink in Unterfranken.**

**Hendricks: „Natürlich liegt es nahe, die Autobahn A 7 zu nehmen, weil dort kein neuer Eingriff in die Natur nötig ist.“**

Klare Worte, die wir so nicht erwartet haben, also auch von der Bundesumweltministerin.

**Fazit: Ein wichtiger Termin für unsere Region. Kurz, aber knackig.**

### II Fische und Main

„Nein danke, die Schwimmweste brauch' ich nicht“, lehnte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks freundlich das Angebot von Obermeister Thomas Hartmann ab, der als Chef der Gemündener Fischerzunft den Schelch am Kleinwernfelder Yachthafen lenkte.



Nach einigen Metern Fahrt durften wir aktiv werden: Die am Niederrhein aufgewachsene Ministerin entließ bei ihrem ersten Besuch im Landkreis Main-Spessart heimische Fischarten in den Main.



Zusammen mit Landrat Thomas Schiebel, Bürgermeister Jürgen Lippert und Sebastian Schönauer,

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



stellvertretender Landesvorsitzender des Bund Naturschutz, wurden wir auf dem Schelch aktiv.



Nach der Arbeit servierte ich leckere Mainfische auf dem Silbertablett. v.l. Fischzuchtmeister Peter Gerstner und Landtagsabgeordneter Georg Rosenthal

Die Rotaugen, Karpfen, Schleien und Zander von der Fischzucht Gerstner sind ein Beitrag dazu, die natürliche Population zu stärken.



Wieder am sicheren Ufer angekommen, zeigte sich Barbara Hendricks aufgeschlossen für die Sorgen der Fischer, die beispielsweise die Durchgängigkeit der Flüsse oder den hohen Stickstoffeintrag durch die Agrarwirtschaft ansprachen.

Abschluss des Kurzbesuches war dann der Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Gemünden.

## REGE DISKUSSION UM DIE HANDELSABKOMMEN TTIP UND CETA

Großen Zuspruch fand mein Vortrags- und Diskussionsabend der Reihe „**doudrü g'hört geredt**“, zu dem ich am 14. April in das Hotel Imhof „Zum letzten Hieb“ in Langenprozelten eingeladen hatte.

Nachdem zusätzliche Stühle für die etwa 100 Besucher bereitgestellt waren, begrüßte ich meine Bundestagskollegin Claudia Tausend aus München als Expertin zu Fragen über die Handelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA).



Ich wies in meinen Begrüßungsworten darauf hin, dass es in der öffentlichen Diskussion viel Unsicherheit gebe und das Thema sehr umstritten sei. Daher wollte ich mit diesem Abend einen Beitrag zur Information leisten. Die wie ich im Jahr 2013 in den Bundestag eingezogene langjährige Münchner Stadträtin Tausend ist Berichterstatterin im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union und spezialisiert auf den Bereich Handelspolitik und daher genau die Richtige für die vielen Fragen der Anwesenden gewesen.

### TTIP-Verhandlungen schleppend

Im Gegensatz zum CETA-Abkommen, das seit Herbst vorliegt, gehen die Verhandlungen zu TTIP schleppend voran. Angesichts des beginnenden Präsidentschaftswahlkampfes in den USA und den weitreichen-

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



den Diskussionen in der Öffentlichkeit wird es noch geraume Zeit dauern, bis ein Entwurf vorliegt, der im EU-Parlament und den Parlamenten der Mitgliedsstaaten beraten werden kann. Tausend prognostizierte, dass TTIP auch noch keine große Rolle im nächsten Bundestagswahlkampf führen wird, es sei noch viel Arbeit zu leisten.

## Befürchtungen der Besucher

Einige Besucher äußerten die Befürchtung, das Abkommen diene in erster Linie dazu, die Außenhandelsbilanz der USA zu verbessern. Außerdem wurde mehrfach kritisiert, ein solches Vertragswerk geheim vorzubereiten. Tausend erklärte, dass nach der Vorbereitungsphase die Zustimmung der Regierungschefs und des EU-Parlaments erforderlich seien. Derzeit richteten sich die USA mehr in den pazifischen Raum aus, seien aber in der Landwirtschaft am verstärkten Export von Rindfleisch nach Europa interessiert, während die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland keinen Vorteil sehe. Hier seien es eher die Mittelständler, die in ihren Branchen weltweit in der Spitze agieren.

Auch bei den Dienstleistern gehe das Interesse weniger von den USA als von Deutschland aus. Bei allem

dürfe man nicht vergessen, dass die Interessen der europäischen Länder und somit die Befürwortung oder Ablehnung von TTIP unterschiedlich seien. Auf die Frage, wie hoch die Chancen für eine Umsetzung stehen, antwortete Tausend: „Die Musik spielt erst einmal in Europa.“

## JA ZUR EU-ARMEE, NEIN ZU UKRAINE-EINSATZ

Ein voller Saal, ein kompetenter Referent und eine engagierte Diskussion von Gästen zwischen 18 und 80 Jahren – als SPD-Bezirksvorsitzender durfte ich mich am 1. April über eine gelungene Veranstaltung zur Außenpolitik freuen.

Die UnterfrankenSPD lud zum Thema „**Die Rückkehr der Verteidigungspolitik – Deutschland und die Nato in neuen Krisenzeiten**“ in den Max-Dauthendey-Saal im Falkenhaus Würzburg und hatte mit dem Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Brunner einen versierten Fachmann zu Gast, der mit klaren Worten die Verteidigungspolitik der Bundesrepublik und zahlreiche Krisen der Welt analysierte.



v.l.: Würzburgs SPD-Chef Mughtar Al Ghusain und mein Bundestagskollege Karl-Heinz Brunner

Als Wahlbeobachter der OSZE war Brunner bereits mehrfach in der Ukraine. Umso klarer seine Worte:

**„Die EU hat in der Ukraine lange versagt, die USA verstehen das Land bis heute nicht. So passieren die Fehler.“**

Einer sei die einseitige Fokussierung auf das Handelsabkommen mit der Ukraine gewesen.

„Die Verwerfungen innerhalb der Ukraine waren anfangs kein Thema, es ging nur um die Bindung an den Westen und seine Systeme. Das konnte nicht gut gehen.“ Erst mit dem neuen Außenminister Frank-Walter Steinmeier sei eine neue Tonlage in die Gespräche gekommen. „Es geht hier nicht um das Verhältnis Ukraine zu Russland, EU

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



zum Osten. Es geht um die Ebenbürtigkeit und den Stolz von Russland und auch der Ukraine. Innerhalb der Ukraine gibt es keine staatliche Einheit, kein gemeinsames Ziel der Bürgerinnen und Bürger, das ist Fakt und das ist das Problem des Konflikts.“

ernst und auf seine Befindlichkeiten Rücksicht nehmen. „Das eine schließt das andere nicht aus.“

### **Bundeswehr und EU-Armee**

Klare Worte auch zur Bundeswehr: „Wir haben die weltweit bestausgerüstete Armee für Bergung, Rettung,

Befindlichkeiten der Nachbarn besser eingehen. „Unsere Nato-Partner im Osten wollen sich auf uns verlassen können, sie erwarten ein klares Signal, dass wir ihnen beistehen.“ Doch das könne nur eine multinationale Armee, die schneller vor Ort sei als die Truppen bisher.



Gut hier, böse dort – dieses Feindbild funktioniere nicht mehr, so der Verteidigungspolitiker Brunner. Ein militärischer Einsatz des Westens verbiete sich daher. „Wir müssen in die Köpfe der Menschen rein, sie ernst nehmen und mit ihnen auf Augenhöhe sprechen.“ Diplomatie statt Drohgebärden, klare Ansagen statt immer neuer halbherziger Ankündigungen - die EU hätte von Anfang an die völkerrechtlichen Verletzungen Russlands benennen und verurteilen müssen, so Brunner. Aber dabei müsse man Russland

medizinische Versorgung“, so Brunner. „Auch unsere Truppen im Ausland sind besser ausgerüstet als das in den Medien den Anschein hat.“ Aber zuhause für Übungen, da fehle das moderne Gerät. Nicht nur vor diesem Hintergrund plädiert Brunner für eine europäische Armee, in der jedes Land seine Stärken einbringen könne.

„Der erste Schritt ist eine engere Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen“, so der SPD-Verteidigungspolitiker. Nur so könne man künftig schneller reagieren und auf die

Die anschließende, einstündige Diskussion vertiefte noch zahlreiche Themen wie den Einsatz bewaffneter Drohnen („Nicht mit uns!“), Afghanistan („Wir müssen ein Land, das einst blühte, wieder aufbauen!“), Wehrdienst („Die Abschaffung war ein Fehler.“) und IS-Terror („Das kann man nicht militärisch gewinnen!“). Ehe Brunner sein Auto in Richtung Neu-Ulm lenkte, versprach er: „Ich komme wieder, so engagiert und fundiert diskutiere ich selten mit so vielen interessierten Gästen wie bei euch in Unterfranken!“

**Folgen Sie mir auf facebook  
(auch ohne facebook-Konto!):**

**[www.facebook.com/  
BerndRuetzelMdB](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

**Noch mehr Infos zu mir und  
meiner Arbeit unter  
[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)**

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## TEAMTREFFEN BERLIN - GEMÜNDEN



Es ist schon eine kleine Tradition – der Besuch meiner beiden Mitarbeiterinnen aus Berlin im Wahlkreis. Und umgekehrt.

Mitte April stand der Wahlkreis-Besuch an und bei strahlendem Sonnenschein ging es den Rotweinwanderweg entlang, zur kleinen Weinprobe nebst politischer Gespräche ins Weingut Weigand in Erlenbach, zur Bürobesprechung in Gemünden, zu einem Besuch auf der Main Art Kunstmesse in Erlenbach und schließlich zum Brauereibesuch bei der Goikelbräu in Halsbach. Und dazwischen stand der Besuch von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zum Thema SuedLink und Mainfische an. Volles Programm also! Und schön war es auch.

Der Austausch miteinander stärkt das Team und vor allem bekommen die Berlinerinnen so einen besseren

Einblick in meinen Wahlkreis – und meine Gemündener Büro-Besatzung einen Einblick in das Geschehen in der Bundeshauptstadt. Das ist mir wichtig und da-

her gibt es diese Teamtreffen regelmäßig. Dass dabei die Geselligkeit nicht vergessen werden darf, versteht sich von selbst ...



Hopfen und Malz, Gott erhalt's: Von Halsbach nach Berlin – anlässlich des Jahrestages unseres Deutschen Reinheitsgebots wird alljährlich am 23. April der „Tag des Bieres“ begangen. Ich habe mir dazu von der Bierprobe mit meinem Team eine Flasche Festbier von Manuel Müller mit nach Berlin gebracht. Mein erstes Selfie mit Bier ... und noch dazu von einem Braumeister aus Rieneck!

## BEIM FAMILIENUNTER- NEHMEN WELZENBACH



In Rieneck besuchte ich die Spedition Welzenbach. Das über 70 Jahre alte Traditionsunternehmen wird nun in dritter Generation geführt. In Rieneck sind circa 60 MitarbeiterInnen beschäftigt. Es gibt weitere Betriebe in Altötting und Regensburg. Das Unternehmen hat sich erfolgreich am Markt platziert: Standen früher der Transport von Baumstämmen aus dem Spessart im Vordergrund, so sind die Welzenbachs jetzt Spezialisten im Bereich des Recyclings. Seniorchef Erwin Welzenbach war einer der Pioniere in Sachen Windenergie. Er besitzt selbst Windräder und hat in seinem Betrieb auch viel Fläche mit Fotovoltaikanlagen bestückt.

Große Sorgen bereitet die Nachwuchskräftegewinnung: Es gibt mittlerweile zu wenige Bewerber und einen großen Mangel im Kraftfahrerbereich.

# Aus dem PARLAMENT



## DIE SPD UND DIE VORRATSDATENSPEICHERUNG

Am 15. April hat Bundesjustizminister Heiko Maas Leitlinien zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten vorgelegt.

Dass der Parteilinke Maas kein Fan der Vorratsdatenspeicherung ist, ist bekannt. Sigmar Gabriel aber schon. Er fand es schon immer wichtig, dass die Polizei auf gespeicherte Telekommunikationsdaten zurückgreifen kann – wie übrigens nicht wenige SozialdemokratInnen.

**Die SPD hat beim Thema Vorratsdatenspeicherung noch viel Gesprächsbedarf. Deswegen wird es demnächst auf Bezirksebene auch eine Veranstaltung hierzu geben!**

Maas hat nun versucht, möglichst beiden Seiten gerecht zu werden. Und er hat dabei dem Drängen von CDU/CSU nach weitergehenden Eingriffen nicht nachgegeben.

Mit dem Vorschlag von Maas wird nun eine eng begrenzte Pflicht für alle Telekommunikationsanbieter zur Speicherung von wenigen, genau bezeichneten Verkehrsdaten unter

Ausnahme von Diensten der elektronischen Post – also Email – eingeführt.

Oberste Richtschnur aller Regelungen sind für uns die strengen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Europäischen Gerichtshofes. Die von Bundesjustizminister Maas vorgelegten Leitlinien sind viel einschränkender als das vom Bundesverfassungsgericht aufgehobene, ehemalige Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, viel einschränkender als die aufgehobene europäische Richtlinie und auch deutlich einschränkender als CDU/CSU es wollen:

>> Gespeichert werden müssen nur genau bezeichnete Verkehrsdaten, die bei der Telefonkommunikation anfallen (Rufnummer, Beginn und Ende des Telefonats, im Fall von Internet-Telefondiensten auch die IP-Adressen). Diese Daten sollen zehn Wochen gespeichert werden.

>> Für die Bezeichnung der Funkzellen, die durch den anrufenden und den angerufenen Anschluss bei Beginn der Verbindung genutzt werden, gilt eine deutlich kürzere Speicherfrist von vier Wochen. Diese kurze vierwöchige Speicherfrist ist vorgesehen, weil über Funkzellendaten der Aufenthaltsort des Mobilfunknutzers bestimmt werden kann

und wir nicht wollen, dass mittels dieser Daten Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile erstellt werden können. Zusätzlich muss im richterlichen Anordnungsbeschluss einzel-fallbezogen begründet werden, warum der Abruf von Funkzellendaten erforderlich und angemessen ist.

**Anders als etwa in Frankreich dürfen Kommunikationsinhalte und aufgerufene Internetseiten nicht gespeichert werden.**

>> Um die Grundrechte der Betroffenen auf Datenschutz und Schutz ihrer Privatsphäre zu wahren, ist der Datenabruf nur zur Verfolgung von schwersten Straftaten möglich. Daten von Berufsheimlichkeitsgeheimnisträgern wie Journalisten, Anwälten oder Ärzten unterliegen einem Verwertungsverbot. Dies gilt auch bei Zufallsfunden.

>> Wichtig ist, dass der Zugriff auf die gespeicherten Daten transparent und restriktiv geregelt ist: Es gibt einen strengen Richtervorbehalt, d.h. nur auf richterlichen Beschluss hin dürfen Ermittlungsbehörden die Daten abrufen und es gibt keine Eilkompetenz der Staatsanwaltschaft oder der Polizei. Im Vergleich zu der vom Bundesverfassungsgericht verworfenen Regelung zur Vorratsdatenspeicherung ist der

# Aus dem PARLAMENT



von Minister Maas vorgelegte Straftatenkatalog deutlich reduziert worden.

**Der Abruf von Daten wird nur für schwerste Straftaten möglich sein. Darüber hinaus müssen die Betroffenen grundsätzlich über jeden Abruf informiert werden.**

Nach Ablauf der Speicherfrist von zehn bzw. vier Wochen müssen die gespeicherten Daten gelöscht werden. Verstöße gegen die Löschpflichten oder die Weitergabe von Daten haben strenge Sanktionen für die Diensteanbieter zur Folge.

>> Die Leitlinien enthalten zudem eine datenschutzrechtliche Verbesserung zur geltenden Rechtslage: Das Gesetz wird die Befugnis der Ermittlungsbehörden zum Abruf der genannten Daten abschließend regeln. Speichert ein TK-Anbieter die Daten über den verpflichtend vorgegebenen Zeitraum auf Grund einer anderen Rechtsgrundlage, z.B. zu Zwecken der Vertragserfüllung, weiterhin, so ist der Abruf nach diesem Gesetz dennoch nach Ablauf der 10 bzw. 4 Wochen untersagt.

>> Um die Sicherheit der gespeicherten Daten zu gewährleisten, werden die Diensteanbieter zudem verpflichtet, die Daten zu schützen. Auch müssen die Server, auf denen



die Daten gespeichert werden, innerhalb Deutschlands stehen. Wenn ein Diensteanbieter mit den gespeicherten Daten Datenhandel treibt und diese unbefugt an Dritte weitergibt, ist dies zukünftig eine Straftat nach dem neu zu schaffenden Tatbestand der Datenhehlerei.

Ich meine: Diese Leitlinien sind eine gute Grundlage für die weitere Debatte und das anstehende parlamentarische Verfahren. Die SPD-Bundestagsfraktion wird dafür Sorge tragen, dass sich die obigen Grundsätze ohne Ausnahmen und Abstriche auch in den gesetzlichen Detailregelungen wiederfinden. Wir sind uns sicher, dass am Ende ein ausgewogener Kompromiss stehen wird.

**Deutschland hätte damit die strikteste Regelung zur Speicherung von Verkehrsdaten in ganz Europa.**

## 100 TAGE MINDESTLOHN!

100 Tage Mindestlohn bedeuten 100 Tage arbeitsmarktpolitischer Fortschritt! Anfang April war es soweit: Seit 100 Tagen gab es mit dem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn eine Lohnuntergrenze, die viele Beschäftigte unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen macht. Und das macht sich bemerkbar: Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt hält weiter an und der Mindestlohn sorgt für ein Umsatzplus im Einzelhandel. Und: Den Mindestlohn befürworten laut einer Umfrage fast 90 Prozent der Bundesbürger.

Nach 100 Tagen wird gerne eine erste Bilanz gezogen. Das tue ich in diesem Fall besonders gerne!

# Aus dem PARLAMENT



Der Mindestlohn sorgt seit 100 Tagen dafür, dass rund 3,7 Millionen Menschen endlich einen anständigen Lohn erhalten und Lohndumping ein Ende gesetzt wird. Und das ist gut so, denn wir brauchen mehr ehrliche Arbeit, nicht weniger – das ist soziale Marktwirtschaft. 100 Tage Mindestlohn bedeuten 100 Tage arbeitsmarktpolitischen Fortschritt.

weiterhin im Niedriglohnbereich Arbeitskräfte gesucht.



Diese Vorteile sehen auch die Bürgerinnen und Bürger: Laut einer repräsentativen Umfrage von infratest dimap im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind 86 Prozent der Deutschen für den Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro: Diese Umfrage stärkt auch die ehrlichen Unternehmer im Land, die den Mindestlohn konsequent umsetzen.

**Der Mindestlohn braucht deshalb Dokumentationspflichten – auch zum Schutz der ehrlichen Arbeitgeber. Denn nur korrekte Dokumentation und eine ordentliche Kontrolle legen die Axt an Schwarzarbeit, Schattenwirtschaft und Dumpinglöhne!**

Die Aufzeichnungspflichten gelten nur für die neun Branchen, die im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz genannt sind. Dieses Gesetz gibt es seit Jahren. Der einzige Bereich, der neu hinzugekommen ist, sind die Minijobs – nur die gewerblichen, nicht die in Privathaushalten.

Klar ist aber auch: Gute Politik lebt vom Dialog. Derzeit führt unsere Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles Gespräche mit den Branchen, die Probleme bei der Umsetzung der Mindestlohn-Regelungen haben. Und es wird eine erste Bestandsaufnahme des Mindestlohngesetzes geben. Doch einem „Mindestlohn-Light“ werden wir nicht die Hand reichen.



Der Einzelhandel profitiert vom Mindestlohn und die Bundesagentur für Arbeit geht davon aus, dass die Anzahl der Aufstocker (Personen, die trotz Erwerbstätigkeit Arbeitslosengeld II beziehen) zurückgehen wird. Das spart allen Steuerzahlern viel Geld!

Leider wird durch die Umfrage auch die Befürchtung im Vorfeld der Mindestlohn-Einführung bestätigt, wonach Arbeitgeber versuchen könnten, den Mindestlohn zu umgehen. Fast jeder fünfte der Befragten (18 Prozent) gab demnach an, Erfahrungen mit solchen Umgehungen gemacht zu haben.



Der gesetzliche Mindestlohn hat, anders als von seinen Kritikern erwartet, bislang keine Arbeitsplätze gekostet – im Gegenteil: Es gibt keine Jobverluste, es werden auch



**Folgen Sie mir auf facebook (auch ohne facebook-Konto!):**  
[www.facebook.com/BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

# Aus dem PARLAMENT



## MEHR GELD FÜR FAMILIEN

Alle Kinder haben das Recht auf einen guten Start ins Leben. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es wichtig, dass die finanzielle Unterstützung von Familien auch dort ankommt, wo sie wirklich gebraucht wird: bei Familien mit mittlerem oder niedrigem Einkommen – und bei den Alleinerziehenden.

Unsere Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und die SPD-Fraktion haben sich in den letzten Monaten daher erfolgreich dafür eingesetzt, dass neben der verfassungsrechtlich notwendigen Anhebung der steuerlichen Kinderfreibeträge auch das Kindergeld und der Kinderzuschlag erhöht werden – und darüber hinaus der Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende.

Der Deutsche Bundestag hat den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung Mitte April in erster Lesung beraten. Damit soll das von der SPD-Bundestagsfraktion geforderte Gesamtleistungspaket für Familien umgesetzt werden. Zusätzliche steuerliche Verbesserungen für Alleinerziehende sind zwar noch nicht im Gesetzentwurf enthal-

ten, aber bereits zwischen den Koalitionsfraktionen vereinbart. Sie sollen im Zuge der parlamentarischen Beratung in das Gesetz eingearbeitet werden.

Unsere geplanten Anpassungen der Familienleistungen im Überblick:

### Kinderfreibetrag

Seit 2010 gilt pro Kind und Jahr ein Kinderfreibetrag von 4368 Euro zusätzlich eines Betreuungsfreibetrags von 2640 Euro. Den Kinderfreibetrag werden wir nun rückwirkend für 2015 auf 4512 Euro und 2016 dann auf 4608 Euro erhöhen. Diese Erhöhung des Kinderfreibetrags um 144 bzw. um weitere 96 Euro ist eine Folge des alle zwei Jahre vorgelegten Existenzminimumberichts der Bundesregierung. Darin wird gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unter anderem ermittelt, wie viel Geld für den Lebensunterhalt eines Kindes erforderlich ist. Dieses Existenzminimum der Kinder muss steuerfrei sein.

### Steuerlicher Grundfreibetrag

Auch die Anhebung des Grundfreibetrags ist das Ergebnis des neuen Existenzminimumberichts. Der Grundfreibetrag soll im Jahr 2015 um 118 Euro und im Jahr 2016

um weitere 180 Euro erhöht werden. Damit wird die derzeitige Grenze für steuerfreie Einkommen von 8354 auf zunächst 8472 und im kommenden Jahr dann auf 8652 Euro steigen. Davon profitieren grundsätzlich alle, die Lohn- oder Einkommensteuer zahlen – das sind nach Angaben des Bundesfinanzministeriums fast 40 Millionen Menschen in Deutschland. Sie sparen also die Steuer auf die 298 Euro, die bis 2016 zusätzlich als steuerfreies Einkommen ausgewiesen werden.

### Kindergeld

Damit die Förderung bei denjenigen Familien ankommt, die nicht vom steuerlichen Kinderfreibetrag profitieren, haben die Bundesfamilienministerin und die SPD-Bundestagsfraktion durchgesetzt, dass auch das Kindergeld in gleichem Verhältnis angehoben wird. Es soll rückwirkend zum 1. Januar 2015 um 4 Euro pro Monat und ab dem 1. Januar 2016 um weitere 2 Euro pro Monat steigen. Wir machen keinen Hehl daraus: Uns ist das deutlich zu wenig. Aber der Koalitionspartner hat sich in Person von Wolfgang Schäuble nicht zu einer größeren Erhöhung durchringen können. Das bedauern wir sehr. Gleichwohl freut uns jeder Euro Kindergeld mehr.

# Aus dem PARLAMENT



## Kinderzuschlag

Der bisherige Höchstsatz von 140 Euro pro Kind und Monat soll laut dem Gesetzentwurf ab dem 1. Juli 2016 um monatlich 20 Euro angehoben werden. Der Kinderzuschlag unterstützt Eltern mit niedrigen Einkommen. Er soll verhindern, dass sie allein wegen der Kosten für den Lebensunterhalt ihrer Kinder gezwungen sind, Hartz IV oder Sozialgeld zu beantragen. Laut einer Studie des Bundesfamilienministeriums beziehen derzeit etwa 200.000 Familien den Kinderzuschlag.

## Entlastungsbetrag für Alleinerziehende

Auf der Klausur der geschäftsführenden Vorstände der Koalitionsfraktionen Mitte April hat die SPD-

Fraktion einen Quantensprung für mehr Gerechtigkeit in der Familienpolitik erzielt: Sie konnte durchsetzen, dass der steuerliche Freibetrag für Alleinerziehende erstmals seit mehr als zehn Jahren erhöht wird, und zwar deutlich um 600 Euro auf 1908 Euro. Die Neuregelung soll im parlamentarischen Verfahren im Gesetzentwurf ergänzt werden.

Die errungene Erhöhung des Entlastungsbetrags „ist ein wichtiges Signal“ der Anerkennung an die Alleinerziehenden in Deutschland, betonte Ministerin Schwesig im Plenum des Deutschen Bundestages.

In rund 20 Prozent aller Familien leben inzwischen Mutter oder Vater allein mit ihren Kindern. Da Alleinerziehende enorm viel leisten, dabei

im Schnitt mit einem deutlich geringeren Haushaltseinkommen auskommen müssen als Paarfamilien, können Alleinerziehende, die ein zu versteuerndes Einkommen haben, seit 2004 von einem Entlastungsbetrag profitieren.

Die jährlichen Einkünfte werden dabei auf dem Papier um den Entlastungsbetrag gesenkt, bevor mögliche Einkommensteuern auf die verbleibende Summe erhoben werden. Es handelt sich also um einen Freibetrag, für den keine Steuern zu zahlen sind.

## Dreiklang sozialdemokratischer Familienpolitik im Blick

Der „Dreiklang“ unserer Familienpolitik: mehr Infrastruktur, mehr Zeit und mehr Geld für Familien. Bisher haben wir umgesetzt: die bessere Förderung frühkindlicher Bildung, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, das Investitionsprogramm für den Kita-Ausbau, das ElterngeldPlus und die Flexibilisierung der Elternzeit.

**Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann und die zeigt: Die SPD ist DIE Familien-Partei in Deutschland!**

**SPD**

In fast jeder fünften Familie ist Mutter oder Vater alleinerziehend. Wir wollen die Lage der Alleinerziehenden deutlich verbessern.  
**ALLEINERZIEHENDE.SPD.DE**

# Aus dem PARLAMENT



## LISAS POST AUS DEN USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – diese spannende und einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). In 2014/15 auf meine Einladung hin mit dabei: Lisa Bonengel aus Wiesthal.

Hier ihr monatlicher Bericht:

**Different?!** People often ask me about differences between Germany and the US. Usually my answer is “way to much!”. These differences may not stand out immediately, but there are some things that have surprised me: My American friends do not necessarily look in each other’s eyes when toasting; it is allowed to turn right at a red traffic light; when shopping, sales tax is not included in the purchase price, but it is added at checkout; in restaurants water is always free; and also there is not really

a term like “Guten Appetit” in the English language, so they simply use the French version “Bon Appetit”. I could go on forever, but my conclusion would always be the same: It is not good, it is not bad, it is just different!



**Anders?!** Oft werde ich gefragt, was denn in den USA anders ist im Vergleich zu Deutschland. Meine Antwort lautet dann meistens: „Viel zu viel!“. Diese Unterschiede mögen einem auf den ersten Blick nicht sofort auffallen, doch gibt es einige Dinge, die mich besonders überrascht haben: So legen meine amerikanischen Freunde keinerlei Wert auf Augenkontakt beim Zuprosten; im Straßenverkehr darf man bei freier Bahn an einer roten Ampel rechts abbiegen, beim Einkaufen ist die Umsatzsteuer noch nicht im Kaufpreis enthalten, sondern diese

wird erst an der Kasse hinzugerechnet; in Restaurants ist Wasser immer kostenlos; außerdem gibt es in der englischen Sprache nicht wirklich einen Begriff wie „Guten Appetit“, weshalb man einfach die französische Version „Bon Appetit“ verwendet. Ich könnte noch ewig so weitermachen aber mein Fazit wäre immer gleich: Es ist nicht besser, es ist nicht schlechter, es ist einfach nur anders!

## POLITISCHE BILDUNG

Parlamentarischer Abend der Träger der Politischen Bildungsarbeit in Berlin: Fast 150 VertreterInnen der vielfältigen Institutionen der politischen Bildung in Deutschland nutzen die Gelegenheit, um sich mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages auszutauschen. Als Mitglied der Gesellschaft für politische Bildung e.V. und Unterstützer der Akademie Frankenwarte war dieser Termin für mich Ehrensache!



Mit Stephanie Böhm von der Akademie Frankenwarte

# Aus dem PARLAMENT



## AUF EIN WORT: FRACKING

Die Bundesregierung hat vorletzte Woche das sogenannte Regelungs-paket zum Fracking im Kabinett verabschiedet. Damit ist der Weg für eine sorgfältige Beratung im Parla-ment eröffnet. Und Sie dürfen sicher sein: dies wird sorgfältig und kritisch erörtert werden!

Nach geltendem Recht ist Fracking zur Erdgasgewinnung in Deutsch-land derzeit erlaubt. Dabei wird im Moment nicht zwischen „konventio-nellem“ und „unkonventionellem“ Fracking differenziert. Mit dem jetzt von Umwelt- und Wirtschaftsminis-terium vorgelegten Gesetzentwurf wird das geändert. Die vorliegenden Gesetzentwürfe nehmen nun also endlich das in Angriff, was die Vor-gängerregierung nicht geschafft hat. Sie sind daher längst überfällig und ein wichtiger Schritt.

Wir werden nun in den kommenden Monaten in den Ausschüssen und in Anhörungen gemeinsam mit den unterschiedlichen Interessengrup-pen und Sachverständigen prüfen, ob durch das vorliegende Gesetzes-paket im Bereich des Berg- und Was-serrechts das oberste Ziel erreicht werden kann, nämlich die Umwelt und die Gesundheit der Menschen bestmöglich zu schützen.

**Für uns ist klar, dass der Schutz des Trinkwassers absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen genießen muss. Unkonventionelles Fracking zur Förderung von Schiefer- und Kohleflözgas zu wirtschaftlichen Zwecken ist derzeit nicht verantwortbar.**

Ob Fracking eine Option in einiger Zeit sein kann, muss auch an Hand von wissenschaftlich begleiteten Probebohrungen sorgfältig und transparent geprüft werden.

Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens gilt für uns nun selbst-verständlich das „Strucksche Ge-setz“, wonach kein Gesetz das Parla-ment so verlässt, wie es eingebracht worden ist. So sehen wir unter ande-rem Beratungsbedarf hinsichtlich der Rolle und Aufgabe der im Was-serhaushaltsgesetz vorgesehenen und auf Wunsch unseres Koalitions-partners in den Gesetzentwurf auf-genommenen Expertenkommission.

Es muss in jedem Fall sichergestellt sein, dass der Deutsche Bundestag über den kommerziellen Einsatz der Fracking-Technologie entscheidet. Auch den Umgang mit dem Lager-stättenwasser, der bereits heute im Rahmen der Erdgasförderung z.B. in Niedersachsen eine wichtige Rolle

## KLARTEXT

### Tod im Mittelmeer

Angesichts der anhaltenden Kata-strophen auf dem Mittelmeer braucht die EU eine neue, humane und realistische Flüchtlingspolitik. Die Fortsetzung dieser Tragödie muss gestoppt werden. Hier ist die EU in der Pflicht!

Wir plädieren daher für ein Folge-konzept der vormalig italienischen Operation Mare Nostrum auf europäischer Ebene. Die Kosten müssen alle 28 Mitgliedstaaten solidarisch tragen. Die EU Union darf dem Massensterben auf dem Mittelmeer nicht weiter zusehen. Doch die sehr viel weitergefasste Mission zur Seenotrettung im Ver-gleich zum bisherigen EU-Pro-gramm Triton kann nur ein erster Punkt des Handelns sein.

Die EU muss zudem zügig legale Wege für Migranten und Asyl-suchende schaffen. Die Kontin-gente für Bürgerkriegsflüchtlinge müssen gerecht auf alle Länder der EU verteilt werden. Wir brauchen den Aufbau von Wirtschaft und Rechtsstaatlichkeit in den Her-kunftsländern, um den Men-schen eine Lebensperspektive vor Ort zu schaffen. Dies ist unsere Aufgabe in der Entwicklungszu-sammenarbeit.

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



spielt, werden wir problematisieren. Schließlich werden die Ausgestaltung und die Begrenzung von Probebohrungen einen weiteren Beratungsschwerpunkt bilden.

Wir werden all diese Fragen in den kommenden Wochen und Monaten intensiv beraten. Der Deutsche Bundestag wird die parlamentarischen Beratungen voraussichtlich im Mai aufnehmen. Ich halte Sie auf dem Laufenden!

## SCHNAPPSCHÜSSE AUS UNTERFRANKEN



Gemeinsam mit den unterfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten traf ich mich mit dem Vorstand des DGB Unterfranken zu politischen Gesprächen. Das machen wir regelmäßig, um den Kontakt zu den Gewerkschaften zu intensivieren. Gute Gespräche über Gute Arbeit in Unterfranken!



Der SPD-Kreisvorstand Main-Spessart besuchte Anfang April den Kindermöbelhersteller PAIDI in Hafenlohr. Gute Arbeit vor Ort!



Gespräch mit dem Familienbund im Kloster Himmelspforten. Die Stärkung der Familien war das Thema.



Mit der stellvertretenden SPD-Landrätin Christine Haupt-Kreutzer zu Besuch beim Berufsförderungswerk

Würzburg: 240 Menschen mit Sehbehinderung werden dort für den ersten Arbeitsmarkt qualifiziert. Erfolgsquote: 80%! Tolle Einrichtung mit motiviertem Personal. Beeindruckend: Die Würzburger sind für halb Deutschland zuständig.



Vor Ort im Zentrum für Telematik an der Universität Würzburg. Prof. Dr. Schilling führte mich in die Pico-Satelliten-Technik ein. Der Würzburger Lehrstuhl ist bei den Kleinstsatelliten weltweit führend! Auch durfte ich mit einer Spezialbrille eine Fernwartung an einem Satelliten durchführen. Danke an meine Bezirksvorstandskollegin Doris Aschenbrenner (die genau hier arbeitet!) für die Terminvorbereitung.

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



Benefizkonzert für das Hallenbad Gemünden: 203 Sängerinnen und Sänger aus sieben Chören begeistern über 300 ZuhörerInnen in der Scherenberghalle. Als Vorsitzender des Fördervereins sage ich Danke an alle HelferInnen und SpenderInnen! Das Hallenbad kommt!



„290 Jahre“ SPD in Ochsenfurt! Mitgliederversammlung mit Jubilarerhöhung. Volkmar Halbleib wurde für 25 Jahre geehrt. Ich durfte dabei sein und aktuell aus Berlin berichten.



Einweihung der neuen Maschinenhalle des Bauhofs in Weyersfeld. Sehr schöner Gottesdienst mit aktuellem Bezug durch die Pfarrerin.



Geistliches Konzert des Kreisjugendchores im Friedrich List Gymnasium in Gemünden. Tolle junge Stimmen und ein voll besetzter Zuschauerraum. Ein wenig Besinnung im Polit-Trubel tut gut!



SPD meets Kultur! Das erste Kamingespräch der UnterfrankenSPD war sehr gut besucht. Wir sind im Gespräch mit Künstlern und Kreativen im Bürgerbräupark in Würzburg. Aus der alten Brauerei entwickelt sich was ganz Tolles. Herzlichen Dank an meinen Bezirksvorstandskollegen Muchtar Al Ghusain für Vorbereitung und Durchführung!



Bayern Barrierefrei: Landesparteitag der BayernSPD in Unterschleißheim mit der Band Mosaik von den Mainfränkischen Werkstätten aus Würzburg! Mehr zur Aktion „Bayern Barrierefrei“ unter [www.bayernbarrierefrei.de](http://www.bayernbarrierefrei.de) und zum Parteitag unter [www.bayernspd.de](http://www.bayernspd.de)!

**Folgen Sie mir auf facebook  
(auch ohne facebook-Konto!):  
[www.facebook.com/  
BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## VERKEHRSSITUATION IM WERTAL

Auf Einladung von Alexander Hoffmann und mir kamen am vergangenen Freitag Bürgermeisterin Anna Stolz (Arnstein) und die Bürgermeister Paul Kruck (Karlstadt), Dieter Schneider (Eußenheim) und Lorenz Strifsky (Thüngen) im Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur zu einem Gesprächstermin mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär zusammen. Wir wollten gemeinsam mit den WertalbürgermeisterInnen im Vorfeld der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans vor allem nochmals die schwierige Verkehrssituation im Wertal aufzeigen.

Die Verkehrssituation in Arnstein und in seinen Ortsteilen muss verbessert werden. Die Probleme des Wertals können nur über die Höhentrasse der B 26n und nicht über einzelne Ortsumgehungen gelöst werden.

Bürgermeisterin Anna Stolz schilderte hierzu detailliert die Probleme der Ortsdurchfahrten in ihrer Gemeinde, insbesondere in der Marktstraße. Karlstadts Bürgermeister bekräftigte die Notwendigkeit einer Lösung „aus einem Guss“, die nur

durch die Höhentrasse erzielt werden kann. Lorenz Strifsky verwies auf die Attraktivitätsminderung, die die aktuelle Situation gerade für Familien mit Kindern hervorruft. Eußenheims Bürgermeister Dieter Schneider unterstrich, dass die aktuelle Problemstellung im neuen Bundesverkehrswegeplan einer Lösung zugeführt werden müsse.

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und Digitale Infrastruktur, Dorothee Bär, erläuterte sodann, dass sich das Bayerische Innenministerium ebenfalls für eine Lösung der Verkehrsprobleme des Wertals stark mache. Diesbezüglich stellte Sie dar, dass Bayern in der Nachmeldefrist, die bis 30. März dieses Jahres lief, noch eine zusätzliche, fünfte Variante gemeldet habe. Durch eine zweispurige Fahrbahn mit Überholspur in zwei Bauabschnitten und geschätzten Baukosten von ca. 173 Millionen Euro wolle der Freistaat nun mit dieser neuen Alternative einerseits die Verkehrsprobleme vor Ort lösen und andererseits auch den Bedenken der



v.l.: MdB Alexander Hoffmann, Bürgermeister Lorenz Strifsky (Thüngen), Bürgermeister Dieter Schneider (Eußenheim), PStS Dorothee Bär, Bürgermeisterin Anna Stolz (Arnstein), Bürgermeister Paul Kruck (Karlstadt)

Kritiker gerecht werden. Die neue Alternative soll ebenfalls auf der ursprünglich angedachten Trasse laufen. Durch den anderen Fahrbahnquerschnitt seien andere Kurvenradien und Ausfahrtsszenarien möglich, heißt es aus dem Ministerium. Die Abordnung zeigte sich mit diesem Sachstand sehr zufrieden. Auch ich werte diese neue Entwicklung als positiven Schritt, um die problematische Verkehrssituation im Wertal endlich zu lösen. Sowohl das Bayerische Innenministerium als auch das Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur müssen nun weiterhin zeigen, dass sie nachhaltig an einer Lösung arbeiten, die für die Region verträglich und sinnvoll ist.

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## MdL MARTINA FEHLNER



**Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion | Abgeordnete für AB-West und Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und Miltenberg**

### Liebe Leserinnen und Leser,

im Rahmen des von der SPD-Landtagsfraktion initiierten Planspiels „Mädchenparlament 2015“ hatte ich Mitte April die Gelegenheit, zehn Schülerinnen vom Bayerischen Untermain (Maria-Ward-Gymnasium Aschaffenburg, Hanns-Seidel-Gymnasium Hösbach, Staatliche Realschule Bessenbach, Julius-Echter-Gymnasium Elsenfeld und Staatliche Realschule Elsenfeld) in den Bayerischen Landtag einzuladen. In verschiedenen Ausschüssen von Medienpolitik bis Gesundheitspolitik haben die insgesamt 160 Schülerinnen aus ganz Bayern Argumente ausgetauscht, Anträge erarbeitet und im Plenum darüber abstimmen lassen. Wir wollen mit dem „Mädchenparlament“ politische Bildung stärken und Begeisterung für Politik wecken.

Und es hat sich auf eindrucksvolle Weise gezeigt, wie klug sich die Schülerinnen mit den Dingen beschäftigt haben. Von Politikverdrossenheit nicht das Geringste zu spüren! Ich kann mir durchaus vorstellen, dass wir die eine oder andere Rednerin in einigen Jahren als echte Abgeordnete im Landtag wiedersehen. Insgesamt sechs Themen standen auf der Tagesordnung: Die Legalisierung von Cannabis wollte eine Mehrheit nur für medizinische Zwecke genutzt sehen. Gentechnik in der Landwirtschaft lehnten fast alle Nachwuchs-Politikerinnen ab. Auch bei einer Deutsquote für Radiosender waren sich fast alle einig und stimmten dagegen. Kontrovers wurde das Thema Energy Drinks ab 18 diskutiert. Am Ende sprach sich die Mehrheit gegen eine Altersbeschränkung aus. Ich war beeindruckt, wie verantwortungsvoll sich die Schülerinnen Gedanken zu gesundheitlichen, gesellschaftlichen und medienpolitischen Themen gemacht haben. Das zeigt doch, dass unsere junge Generation zu den Themen der Zeit eine differenzierte Meinung hat.

#### Abgeordnetenbüro

**Martina Fehlner, MdL**

Goldbacher Straße 31,  
63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604

[buergerbuerou@martina-fehlner.de](mailto:buergerbuerou@martina-fehlner.de)



## MdL VOLKMAR HALBLEIB

**Haushaltspolitischer Sprecher und Parl. Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Abgeordneter für WÜ-Land und Betreuungsabgeordneter für KT**

### Liebe Leserinnen und Leser,

das Thema **Schule und Bildung** ist stets brisant, weil die CSU beim Thema Schule die Dinge oft in die falsche Richtung lenkt oder in Passivität verharrt.

Derzeit läuft die Anmeldefrist für den **Modellversuch Mittelstufe Plus**. 47 Projektschulen gibt es. Schon jetzt zeigt sich, dass mehr als die Hälfte der Sechstklässler ins neunjährige Gymnasium will. Manche Schulleiter müssen gar Kinder abweisen, damit überhaupt G 8-Klassen zustande kommen. Ich stelle fest, Eltern und ihre Kinder schaffen Fakten. Einen deutlicheren Beweis

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



dafür, dass das G 8 in seiner derzeitigen Ausgestaltung gescheitert ist, gibt es kaum. In einem aktuellen Gesetzentwurf wollte die Staatsregierung **Privatschulen** die Genehmigung entziehen, wenn die Stärke auch nur einer Klasse unter acht Schüler sinkt. Die Folge: Rund 200 Privatschulen in Bayern wären von der Schließung bedroht. Nach intensiven Protesten der betroffenen Schulträger und ihres Verbandes, aber auch von Seiten der SPD-Landtagsfraktion, scheint nun die Staatsregierung erfreulicherweise diese Forderung aus dem Gesetzentwurf zu streichen.

Eine zentrale Forderung der SPD-Landtagsfraktion ist, dass für die Schaffung von **Ganztagsangeboten** mehr Anstrengungen unternommen werden. Immerhin – die Staatsregierung hat nun, zusammen mit den vier kommunalen Spitzenverbänden, einen Ganztagsgipfel veranstaltet. Man kann sagen, der Ganztags kommt. Im Schuljahr 2015/16 noch an Pilotschulen, ab 2016/17 flächendeckend in Bayern. Schön, wenn die SPD sich durchsetzt.

## Bürgerbüro Volkmar Halbleib

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030  
E-Mail: volkmar-halbleib@  
bayernspd-landtag.de

## MdL GEORG ROSENTHAL



Foto: Katrin Heyer

**Sprecher der unterfränkischen SPD-Abgeordneten im Bayerischen Landtag  
Abgeordneter für WÜ-Stadt und Betreuungsabgeordneter für MSP**

**Der Freistaat übernimmt ab 2017 die Trägerschaft des Mainfränkischen Museums auf der Festung Marienberg.** Die Entscheidung ist zu begrüßen. Mit der Verstaatlichung geben jedoch Stadt und Bezirk auch ihr Mitspracherecht aus der Hand. Auch ist bei den vor kurzem vorgestellten Plänen von einer Beteiligung der Bürger oder demokratisch legitimer Organe der Kommune an keiner Stelle die Rede – und dies, obwohl das Mainfränkische Museum 1913 von einer selbstbewussten Bürgerschaft ins Leben gerufen wurde. Weder Stadtrat noch städtischer Museumsbeirat wurden bisher eingebunden. Problematisch ist, dass nun ein externes Wissenschaftler-Gremium aus Mittel- und Ober-

franken über die regionalgeschichtliche Sammlung mit Dauerleihgaben von Stadt, Bistum, Bezirk, den Freunden Mainfränkischer Kunst und Geschichte und von Privat entscheiden soll. Die Devise „wer bezahlt, der schafft an“ darf bei einem so sensiblen Thema nicht die einzige Antwort bleiben. Dass die bisher eigenständige stadtgeschichtliche Sammlung nur noch als Abteilung des Landesmuseums fortbestehen soll, wird ihrer Bedeutung nicht gerecht.

Völlig unklar ist das Ausstellungskonzept. Das Würzburger Fürstbistum sowie das Herzogtum Franken sind nicht mit den heutigen Regierungsbezirken gleichzusetzen. Auch sind Fragen der Erinnerungskultur zu klären: Wie gehen wir mit dem schwierigen Erbe Julius Eichters um? Wie mit der Rückführung fränkischer Kunst und Kultur, die im Zuge der Säkularisation nach München abtransportiert wurde? Wie mit dem zentralen Thema des Jubiläumsjahrs 2025, dem Bauernkrieg? Wir brauchen hier unbedingt eine breite gesellschaftliche Diskussion mit Einbindung demokratischer Gremien.

## Abgeordnetenbüro

### Georg Rosenthal

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 99110-161, Fax: -162  
buergerbuero@georg-rosenthal.de